

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

6. Juli 1968 - 54 / 11
Einzelpreis DM 0.75

DDR-PASSGESETZ: WESTBERLINER ENTDECKTE EINE LÜCKE

Eine Lücke im Paßgesetz der DDR-Behörde hat ein Westberliner Bürger entdeckt. Es geht dabei um die Behandlung von "Republikflüchtigen". In einem Brief an das Ministerium für Innere Angelegenheiten in Ostberlin heißt es: "In einem Schreiben vom 8. 3. 1967 an den Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik - Ministerium für auswärtige Angelegenheiten - habe ich vorgetragen, daß ich nach dem Staatsbürgergesetz der Deutschen Demokratischen Republik trotz meines derzeitigen ständigen Aufenthaltes in Westberlin Bürger der DDR sei. Gleichzeitig habe ich um Auskunft gebeten, welche Möglichkeiten für Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die ihren ständigen Aufenthalt in Westberlin haben, besteht, in die DDR einzureisen. Mit dem in Fotokopie beigegeführten Schreiben des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik - Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Konsularabteilung, Sektion I - vom 7. April 1967 wurde mir eine Beantwortung dieser Anfrage durch Ihr Ministerium in Aussicht gestellt.

Bis heute ist eine solche Auskunft bei mir nicht eingegangen. Nach Inkrafttreten des neuen Paßgesetzes der Deutschen Demokratischen Republik bedürfen Bürger der Bundesrepublik Deutschland und der besonderen Einheit Westberlin eines Einreise- bzw. Durchreisevisums für Fahrten in oder durch die DDR. Aus dem Paßgesetz geht nicht hervor, daß auch Bürger der DDR eines solchen Visums bedürfen. Das Schreiben des Paßgesetzes der DDR läßt zwei Auslegungsmöglichkeiten offen: Entweder liegt eine Gesetzeslücke vor, die durch analoge Anwendung der für Bürger der Bundesrepublik bzw. der besonderen Einheit Westberlin geltenden Vorschriften zu schließen ist, oder durch Umkehrschluß ist der Wille des Gesetzgebers dahingehend zu ermitteln, daß Bürger der DDR kein Einreise- bzw. Durchreisevisum benötigen, selbst wenn sie z. Z. ihren ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik oder Westberlin haben. Wenn Sie die letztere Auslegung für richtig halten, bitte ich um Mitteilung, auf welche Weise gegenüber den Grenzsicherungsorganen der Nachweis der DDR-Staatsbürgerschaft geführt werden kann.

Für eine baldige Beantwortung dieser Anfrage wäre ich außerordentlich dankbar."

HERBERT WEHNER: WIE WIRD MAN DAS MINISTERAMT LOS ?

Herbert Wehner möchte, zuverlässigen Informationen aus Bonn zufolge, liebend gern sein Ministeramt loswerden, nachdem er sich aus der Parteiarbeit zurückgezogen hat. Er habe das Gefühl, daß "alle Ampeln für ihn ständig auf rot stehen". Der Transformationsprozeß, dem die SPD sich jetzt unterzieht, vollzieht sich ohne ihn; politische Entscheidungen im innerdeutschen oder außenpolitischen Sektor mehr und mehr ebenfalls. Resignation habe ihn ergriffen. Wehner beabsichtigte, das Revirement im Entwicklungsministerium, dessen Chef Wischnewski in die SPD-Baracke überwechselt, zum Rückzug zu nutzen: Das Gesamtdeutsche und das Vertriebenenministerium sollten zusammengelegt werden und als "Kriegsfolgeministerium" neu erstehen. Wehner habe nichts dagegen gehabt, daß der CDU-Rechtsaußen von Hassel dieses Ministerium besetzt. Die CDU hat die-

sen Plan abgelehnt. Wie aus Wehners Umgebung zu hören ist, bastelt er während der Sommerpause an einer "spektakulären Aktion", deren Ausgang für das weitere Wirken Wehners von entscheidender Bedeutung sein könne.

SPRINGER: RINGELSPIEL UM 100 MILLIONEN

Der Generalbevollmächtigte des Hauses Springer, Kracht, stehe mit seinem gesamten Apparat dem Stuttgarter Verleger Weitpert zur Betreuung der neuerworbenen Objekte "kostenlos", wie es heißt, zur Verfügung. Bekanntlich hat Weitpert Springer-Zeitschriften im Wert von schätzungsweise 100 Millionen DM erworben. Weitpert sei jedoch nicht in der Lage, so wird in Fachkreisen behauptet, die schwierigen und gerade auf dem Anzeigen- und Vertriebssektor äußerst anfälligen Unternehmen durch seinen Verlagsapparat steuern und versorgen zu lassen. Aus gewöhnlich gut unterrichteten Verlegerkreisen kann man vernehmen, daß Weitpert, der über flüssiges Vermögen in dieser Größenordnung nicht verfügen soll, tatsächlich nur ein "Strohmann" Springers bei diesem Kauf gewesen sei: Nach diesen Darstellungen soll Springer zunächst mit Gruner + Jahr "Scheinverhandlungen" geführt haben. Ihm sei an dem Nachweis gelegen, daß die "Linksliberalen", die mit der "Zeit", dem "Stern" und dem "Spiegel" gegen ihn zu Felde ziehen, jederzeit bereit seien, selbst in Springers Geschäfte einzusteigen. Gruner + Jahr sollten dadurch ein für allemal "moralisch entwaffnet" werden. Nachdem dies in öffentlich bekanntgewordenen Verhandlungen erreicht war, brach Springer die Verhandlungen ab und verkaufte innerhalb weniger Stunden an Weitpert. Weitpert soll aber den Bankkredit, so verlautet weiterhin, erst gegen eine Bürgschaft Springers erhalten haben. Weitergehende Darstellungen in großen Verlagen besagen sogar, daß Springer durch diese Transaktion seinen Einfluß auf das Westberliner Druckhaus Tempelhof zurückgewonnen habe (Weitpert soll das Druckhaus, das er vor einigen Jahren von Springer gekauft hatte, als Sicherheitsleistung an Springer übertragen haben). Die spektakuläre Verkaufsaktion hätte Springers Imperium dann nicht nur nicht verkleinert, sondern sogar ausgeweitet. Auf dem Gebiet der politischen Manipulation hat er ohnehin keinerlei "Selbstbeschränkung" vorgenommen, wie liberale Träumer voreilig glaubten feststellen zu müssen. Denn: Wenn Springer 100 Millionen DM auf die technische Umwälzung seiner politischen Tageszeitungen konzentrieren kann (Mehrfarben-Offset-Rotationsdruck), beherrscht er diesen politisch entscheidenden Teil des Pressemarktes in kurzer Frist noch mehr als bisher. Kaum ein mittlerer Tageszeitungsverleger wird ihm auf diesem Weg folgen können, zumindest nicht rechtzeitig genug. Das politische Problem Springer bleibt nicht nur, es tritt stärker denn je zutage.

SPRINGER GEGEN MAHLER: GERICHT FORDERT "KONKRETE BEWEISE"

Nachdem zu einer öffentlichen Sitzung der Zivilkammer 22 des Landgerichts Berlin am 20. Juni im Prozeß des Verlagshauses Springer gegen den Rechtsanwalt Mahler, von dem Springer über 500 000 Mark Schadenersatz wegen der Osterdemonstration fordert, niemand erschienen war, hat das Gericht jetzt schriftlich Beweise gefordert. Das Verlagshaus soll bis zum 12. Juli "substantiiert" darlegen, inwiefern Mahler Initiator der Unruhengewesen sei. Das Haus Springer, das sich in seiner Klageschrift u. a. auf angebliche im Wintersemester geplante Gewaltakte "radikaler Gruppen" gegen den Verlag sowie auf den bekannten Molotow-Cocktail-Film bezieht, muß klarstellen: Welche Gruppen sollen Gewaltakte geplant haben? Inwiefern enthalten vom Hause Springer dem Gericht überreichte Flugblätter Aufforderungen zu solchen Gewaltakten? Inwieweit und in welcher Weise soll Mahler an der Planung von Gewaltakten, an den Flugblättern sowie an der Herstellung und Verbreitung des Films mit der Anleitung zur Herstellung von Sprengkörpern mitgewirkt haben? Welche Umstände begründen die Haftung Mahlers für "die von Organen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) etwa verübten unerlaubten Handlungen?" In welcher Weise hat "der Beklagte am Abend des 11. April 1968 im Gebäude oder außerhalb des Gebäudes der Technischen Universität die Teilnehmer der zuvor beschlossenen Demonstration zum Sammeln aufgerufen?" Sind "die Beschädigungen an dem Geschäftshaus und an den Fahrzeugen der Klägerinnen in der Nacht zum 12. April 1968 von Teilnehmernder am Abend des 11. April 1968 in der Technischen Universität beschlossenen Demonstration verursacht worden" (oder auch durch später hinzugekommene Demon-

stranten)? Inwiefern rechtfertigen Äußerungen Mahlers auf einer Pressekonferenz am 17. April die Forderungen Springers?

Das Gericht fordert zu allen Punkten einen detaillierten Beweisantritt. Außerdem muß das Verlagshaus "genaue Angaben über a) die beschädigten Gegenstände, b) den jeweiligen Zeitpunkt der Beschädigung, c) die Art der Beschädigung" sowie die zur Wiederherstellung "erforderlichen Maßnahmen" und tatsächlich "aufgewendete Kosten" liefern. Neben sieben ausführlichen Beweis-Verlangen an Springer treten zwei Aufforderungen an Mahler: Erstens zu erläutern, ob er Mitglied der Kampagne für Demokratie und Abrüstung ist (die Kampagne war Veranstalter der durch das Dutschke-Attentat umfunktionierten TU-Versammlung am Gründonnerstag). Zweitens soll Mahler zu den Schriftsätzen des Verlagshauses, insbesondere auch zu den jetzt verlangten Beweisvorträgen, Stellung nehmen. Die nächste mündliche Verhandlung findet am 7. Oktober, 10 Uhr, im Saal 151 des Landgerichts statt. Zu diesem Termin ist der stellvertretende Chefredakteur der BZ, Claus Werner Caro, als Zeuge geladen. Zwischen ihm und Mahler kam es in der Nacht zum 12. April am Eingang des Springer-Hochhauses zu einem Wortwechsel.

SPD-VORSTANDSMITGLIEDER: VORTISCH DEN AUSSCHLUSS ANGEDROHT

Dem SPD-Abgeordneten Lothar Vortisch, der auf einer Mieter-Kundgebung der Jungen Linken am 28. Juni sprechen wollte, wurde von mehreren Landesvorstandsmitgliedern der Parteiausschluß "noch an diesem Abend" angedroht. Vortisch sollte auf der Kundgebung das Programm der SPÖ aus den zwanziger Jahren erläutern. Als Begründung gaben die SPD-Oberen an, ein gemeinsamer Auftritt des SPD-Abgeordneten Vortisch mit dem Vorsitzenden des Republikanischen Clubs, Jörg Huffschmid, verstoße gegen den Parteitagbeschuß Nummer 92, den sogenannten "Maulkorbbeschuß" (EXTRA-Dienst 52/II).

WESTBERLIN: ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTANDSKREIS GEGRÜNDET

Mit etwa 30 Mitgliedern hat der Antifaschistische Widerstandskreis, der am Mittwoch im RC gegründet worden ist, erste Aktionen für die nächste Zeit geplant. In einer ersten Stellungnahme des Widerstandskreises heißt es: "Viel zu lange stand die APO in ihrem Kampf gegen den neuen Faschismus allein. Wo waren die Antifaschisten der NS-Zeit mit ihrem Rat und ihrer Tat, als die Jugend für eine Veränderung der gesellschaftlichen Zustände auf die Straße ging? Der Antifa-Arbeitskreis muß ein aktiver Teil der sozialistischen Linken sein oder er hat keine Daseinsberechtigung. Er muß in der Praxis wirken und gleichzeitig theoretisch arbeiten. Allein ist der Antifa-Kreis ein verlorener Haufen. In Lager der Außerparlamentarischen Opposition aber wird er zu einer scharfen Waffe. Mit unklaren Standpunkten, ohne fundiertes Wissen über die Ursachen des neuen Faschismus werden wir nicht siegen. Die Antifaschisten müssen aber diesmal die Sieger sein."

DIENSTAG: DIE GESAMTE KOMMUNE I VOR RICHT

Dienstag, 9. Juli, 9.15 Uhr, beginnt in Moabit ein Prozeß, bei dem erstmalig alle einstigen und derzeitigen Mitglieder der Kommune I unter Anklage stehen. Das Delikt: "Hausfriedensbruch". Der Anlaß: Das "go-in" vom 15. September letzten Jahres, als sich Fritz Teufel im Schöneberger Rathaus stellte.

BUNDESWEHR: NOTSTANDSÜBUNG GEGEN APO-DEMONSTRANTEN

Am 27. Juni wurde bei der 2. Batterie des Flugabwehrbataillons 5 in Lorch am Rhein eine Übung veranstaltet, bei der die Soldaten folgenden "Kampfauftrag" hatten: "Es werden Demonstranten erwartet, die in die Kaserne eindringen wollen und möglicherweise bewaffnet sind. Die 2. Batterie hat Wache und soll das Eindringen verhindern." Der Befehl wurde vom Kommandeur, Oberstleutnant Seidel, erteilt. Etwa hundert Soldaten mußten an diesem Einsatz teilnehmen. Überall längs des Zaunes lagen Posten, die zur Tarnung ihre Gesichter schwarz angemalt hatten, mit Schnellfeuergewehren im Anschlag. Fast jedes Gebäude war mit Soldaten besetzt. Auch im Sanitätsgebäude lagen - im Widerspruch zur Genfer Konvention - Gruppen mit schweren Maschinengewehren. Bereits einige Tage vor dieser Übung hatte ein Gefreiter der 2. Batterie während der Nachtwache den Sonderauftrag bekommen, die Waffenkammer zu sichern, da "nach sicheren Informationen" dort Studenten eindringen wollten, um Waffen zu stehlen.

Der Marburger SDS beschuldigt den Hamburger "Spiegel"-Herausgeber "jahrelanger Presse- und Nachrichtenmanipulation".

PERSONALIEN

RUDI DUTSCHKE, in der Schweiz weilender Rekonvaleszent, erholt sich zusehends. Seine Abreise in die USA dürfte sich allerdings um zwei Monate verzögern, da die USA mit der Vergabe eines Visums zögern. Grenzübergangsschwierigkeiten hat nicht nur Dutschke selbst, auch sein Gepäck. Das als Zollgepäck deklarierte Eigentum Dutschkes wurde beim Transit durch die DDR von den dortigen Zollorganen durchwühlt und so durcheinandergebracht, daß es in der Bundesrepublik neu gepackt werden mußte. Nach eingehender Lektüre ließen die Grenzwächter Dutschkes sozialistische Bibliothek allerdings vollständig passieren.

HERBERT LEDERER, SDS-Bundesvorstandsmitglied aus Essen, siegte mit Justizhilfe des Amtsgerichtes Essen gegen die Politische Polizei: Das Gericht erklärte die Beschlagnahme von Schriftstücken und Privatpost anlässlich einer Haussuchung bei Lederer für ungesetzlich; die Politische Polizei unterstellte dem SDS-Funktionär, er sei an "einer Ersatzorganisation der KPD beteiligt oder unterstütze sie".

HEINZ TIEDE, Westberliner Redakteur des "Spiegel", wechselt am 1. Oktober zu Springers "Welt". Tiede, der von der "Bild"-Zeitung zum "Spiegel" ging, erklärt, nicht politische, rein private Gründe seien für den Wechsel maßgebend; die "Welt" setzt ihn im Düsseldorfer Landesbüro ein.

EXTRA ÜBER UNS

DER CHEFREDAKTEUR VON "STERN TV", einer Fernsehproduktionsgesellschaft des Pressekonzerns Gruner + Jahr GmbH, Dr. Wolfgang Venohr, schreibt uns: "In Ihrer Ausgabe vom 26. Juni 1968 veröffentlichten Sie eine Mitteilung über den 'liberalen Geschäftssinn' Rudolf Augsteins und teilten in diesem Zusammenhang mit, daß der Hamburger Zeitschriftenverleger Dr. Gerd Bucorius DM 10.000 für die Kosten des Krankenhausaufenthaltes von Rudi Dutschke gespendet habe. Das bedarf einer Ergänzung: In meiner Eigenschaft als Chefredakteur von stern tv habe ich am Karfreitag morgen, wenige Stunden nach dem Attentat, Frau Gretchen Dutschke im Namen von stern tv DM 10.000 telegraphisch überwiesen, nachdem ich zuvor das Einverständnis meines Verlegers, Dr. Gerd Bucorius, eingeholt hatte. Mit diesem Betrag ist die Chefredaktion stern tv belastet worden, deren Mitglieder ihn abarbeiten werden. Die Überweisung war mit keinerlei Bedingungen oder Wünschen verknüpft, mit Ausnahme des herzlichen Wunsches für eine baldige und vollständige Genesung von Rudi Dutschke."

PROTOKOLLARISCHE AUSZÜGE im EXTRA-Dienst aus einer Landesausschußsitzung der Westberliner SPD führten zu einer Kontroverse zwischen der Humanistischen Union und SPD-Sekretär Hesse. Hesse hatte geäußert, daß die HU "Antidemokratische Gruppen, wie den Republikanischen Club" abdecke. Auf eine Beschwerde der HU antwortete Hesse u. a.: "Es ist beachtenswert und wie ich glaube nicht sehr rühmlich, daß Sie sich bei Ihrer Anfrage auf die Wiedergabe eines internen Protokolls stützen, obwohl Ihnen klar sein mußte, daß es widerrechtlich dem 'EXTRA-Dienst' zugespield worden ist. Im Volksmund nennt man solche Zuträger Spitzel... Es trifft zu, daß ich die dort aufgezeichneten Ausführungen über die Humanistische Union gemacht habe, denn sie entsprechen meiner Auffassung... Es wird Sie noch interessieren, daß in der besagten Landesausschußsitzung, an der mehr als 60 Teilnehmer teilnahmen, kein einziger meiner Bewertung der Humanistischen Union widersprochen hat." Die HU hat inzwischen Klaus Schütz um eine alsbaldige Stellungnahme zu den Hesse-Äußerungen über die HU gebeten, "bevor wir weitere Schritte einleiten".

ALS "ROUTINEMÄSSIGEN VERWALTUNGSAKT" qualifizierte ein Beamter des Innensekretsats EXTRA-Dienst gegenüber die Anforderungen der Akten für die bereits von der Polizei genehmigte AStA-Straßensammlung durch den Innensenator. Die Genehmigung zur Straßensammlung für die französischen Arbeiter und Studenten sei nicht zurückgezogen worden, wurde uns mitgeteilt (siehe EXTRA-Dienst 53/II).

SCHAUSPIELER BEGANNEN MIT DER ORGANISATION

Am 22. Juni ereignete sich in der Westberliner Volksbühne Unerhörtes: Es kam nicht nur zu einem - nicht ungewöhnlichen - Publikumseklat: Schauspieler solidarisierten sich mit dem Publikum im Protest gegen eine Inszenierung. Die Schauspieler baten das Auditorium, ihren vertraglichen Verpflichtungen, zu Ende zu spielen, nachkommen zu können und anschließend zu diskutieren. Das geschah. Einige Schauspieler, die in der angegriffenen Inszenierung von Bonds "Gerettet" mitwirkten, und einige Publikumsdelegierte formulierten später eine Erklärung, die wir der Wichtigkeit des Vorganges wegen im Wortlaut dokumentieren:

1) KRITIK AN DER AUFFÜHRUNG DURCH DAS PUBLIKUM - Die Inszenierung verzichte darauf, das Milieu, in dem die Personen des Stückes leben und durch das ihre Handlungen erklärbar werden, sichtbar zu machen. Das Stück zerfiele in eine Reihe zusammenhangloser Bilder, deren Sinn für das Publikum nicht mehr einsehbar sei. Die proletarische Situation, in der sich alle Personen des Stückes befinden, werde so als eine abstrus exotische vorgestellt. Als Konsequenz der Ablösung von den wirklichen Verhältnissen würden die Personen zu bloßen Verkörperungen verschiedener neurotischer Haltungen, deren Ursachen und deren Entstehung nicht gezeigt würden. Als Beweis wurde angeführt, daß durch verschiedene Regieeinfälle das Verständnis des Textes und der Vorgänge verhindert werde. Das Publikum werde z. B. gezwungen, in einer der Szenen zu rätseln, ob der Schauspieler Axel Bauer einen Fernseher, einen Spiegel oder den Vater darstellen solle, ob das Baby oder der Untermieter gefüttert werde, ob die mechanischen Schreie der Schauspielerin ihre Verzweiflung oder das Baby symbolisieren. Zudem werde die Hauptszene, der Babymord, als pikante sadistische Delikatesse vorgeführt, so daß darüber die Situation der Jugendlichen, ihr pervertierter Ausbruchsversuch und ihre, wie Bond sage, "ödpale atavistische Wut" ganz unwichtig werde. Überdies sei in manchen Szenen, etwa in der Motorradszene, der Text durch Regiegags vollends unverständlich. Die Inszenierung führe solcherart gewalttätige und kriminelle Vorgänge in der gleichen Art vor wie die "Bild"-Zeitung, die sie als konsumierbare Sensationen vorführe, ohne die Hintergründe, ohne die Ursachen aufzuzeigen, die die Handlungen der Menschen bedingen. Der Zuschauer könne sich in einer solchen Inszenierung nur blindlings unterwerfen, er fände in ihr keinen Ansatz zum inhaltlichen Nachdenken, sie wirke auf ihn terroristisch.

2) VERTEIDIGUNG DER AUFFÜHRUNG - Der Regieassistent und der anwesende Dramaturg gestanden den "terroristischen" Charakter der Inszenierung zu; zur Verteidigung verwiesen sie auf die künstlerische Freiheit des Regisseurs und darauf, daß die Bühne eine eigene Wirklichkeit darstelle. Der Regisseur habe nicht Stellung beziehen, sondern ein wertfreies ästhetisches Gebilde schaffen wollen, in dem nur die Gesetze der Phantasie gelten. (Um uns nicht dem Vorwurf mangelnder Fairneß auszusetzen, boten wir dem Regieassistenten und dem Dramaturgen an, diesen Punkt 2 selbst zu formulieren. Von dieser Möglichkeit machten sie keinen Gebrauch.)

3) STELLUNGNAHME DER ANWESENDEN SCHAUSPIELER - Fast alle Schauspieler stimmten mit der Kritik aus dem Publikum überein. Diese Inszenierung sei kein Sonderfall. Sie sei exemplarisch für die verschleiende Funktion des Theaters in dieser Gesellschaft. - Warum spielen die Schauspieler trotzdem? - Sie können ihrem Beruf nur innerhalb des bestehenden Theaterapparates nachgehen, der ihnen ein Mitspracherecht an einer Inszenierung nicht gewährt. Die Schauspieler gehen an die Probenarbeit, ohne über die Inszenierungskonzeption informiert zu sein. Und wenn sie endlich in der Lage ist, die ganze Inszenierung zu überblicken, ist es zu spät, um auszusteigen, es sei denn, sie nehmen die Konventionalstrafe auf sich. Allein der Protest macht ein Weiterarbeiten auch an anderen Theatern fraglich.

4) DER BEFREIENDE VORGANG - Das Publikum machte sich Luft. Die Schauspieler machten sich Luft. Die Fachleute verstummten. Die Schauspieler eroberten die Bühne zurück. Das Publikum machte den Zuschauerraum wieder lebendig. Kommunikation fand statt. Es machte Spaß. Es war fast ein Theaterabend.

5) VORSCHLÄGE DER SCHAUSPIELER - Die Schauspieler bereiten eine Schauspielerorganisation vor, die für Kollektivarbeit, für Mitspracherecht, für nicht entfremdete Arbeit im Theater eintreten will. . Gegendas Konkurrenzprinzip wollen sie Solidarität setzen.

6) REAKTION DES PUBLIKUMS - Das Publikum akzeptierte diese Vorschläge. Die Organisierung müsse zwar den Schauspielern selbst überlassen bleiben. Sollten sie jedoch Repressalien ausgesetzt werden, hätte der Betrieb mit solidarischen Aktionen von seiten des Publikums zu rechnen.

EXTRA-MEINUNG

DER JUNGFILM RÜHRT SICH NICHT, ER IST GERÜHRT / VON HANNES SCHWENGER

Die XVIII. Berliner Filmfestspiele sind zuendegegangen, ohne daß die bereitstehenden Polizeihunde zubeißen und die dezent auf den Einsatzwagen versteckten Polizeiknüppel zuschlagen mußten. Festspielleiter Dr. Bauer hat umsonst vor Angst, die Filmpresse umsonst vor Erwartung gezittert. Die XIX. Berlinale kommt bestimmt.

Natürlich muß es ein Ende haben mit diesem Festival aus Business und Opportunismus. Natürlich ist dieses Fest eine "Ostentation des herrschenden Machtapparates", wie es in einem Flugblatt des SDS heißt. Natürlich wird seine "Zusammensetzung, sein Verlauf und sein Ausgang von einer Clique sogenannter Sachverständiger bestimmt" - so genannt weil sie etwas von der Sache der Filmindustrie und ihrer Lieferanten verstehen. Aber ohne Revolutionäre finden Revolutionen halt nicht statt.

Die Münchner Jungfilmer, die sich ein bißchen Revolution für die Westberliner Festspiele ganz gern gewünscht hätten, wurden von den Westberliner Studenten sitzengelassen. So mußten sie leider ihren Beitrag zuder Revolution, die andere machen sollten, zurückziehen: Johannes Schaaf verzichtete darauf, den Bundesfilmpreis abzulehnen, Jean-Marie Straub ließ die schon geschriebene Zurückziehung seines Festivalbeitrags in der Schublade. Da die Studenten nichts für den künstlerischen Film tun wollten, hielt sich Johannes Schaaf lieber an einen Kompetenteren: Ernst Benda, mit dem ihn "das Interesse an einem künstlerischen Film eint". In seiner Preisrede ("Ich will hier nicht polemisieren") forderte er den Innenminister auf, einen öffentlich-rechtlich organisierten Filmverleih zu gründen und sodafür zu sorgen, daß der künstlerische Film nicht "wie ein Markenartikel behandelt wird".

Jungfilmer Werner Herzog versuchte es mit einer Abschaffung der Ware Film auf eigene Faust: Er mietete für 3000 Mark ein Neuköllner Kino und lud die Berliner zum Gratis-Konsum ein. Und freute sich: Die Leute seien "so gerührt, daß sie sich mit den schwierigsten Filmen ganz intensiv auseinandersetzen und sie offenbar verstehen". Für nächstes Jahr droht er gar an, "die Bevölkerung von Neukölln dazu aufzurufen, daß sie mit mir geschlossen zum Zoo-Palast ziehen, damit wir uns dann aus Protest freien Eingang verschaffen".

Das könnte den Festivaliers so passen: Das Volk verlangt händeringend nach Kunst, um endlich jene schwierigen Filme verstehen zu lernen, die ihnen die Profitgeier der Filmwirtschaft böswillig vorenthalten. Vielleicht kann man ihm sogar Volksaktien für eine künstlerische Filmproduktions- und Verleih AG verkaufen, wenn Benda bei dem Staatsverleih nicht mitzieht.

Das wird ein schönes Film-Volksfestival nächstes Jahr.

BLUTSPENDE-AKTION: 54 FÜR VIETNAM

54 Blutspender erschienen im recht abgelegenen Virchow-Krankenhaus und folgten damit einem Aufruf des AStA der Freien Universität. Mit dem Erlös der Blutspende soll ein chirurgisches Feldbesteck für Nordvietnam angeschafft werden. Der FU-AStA zeigte sich arg beeindruckt von der geringen Zahl der Spender. "Es hatten sich weit mehr angemeldet, aber vor allem die 'Prominenz' blieb fern." Sie werden gebeten, statt Blut jetzt wenigstens Geld zu spenden; kleinere und größere Beträge können beim AStA eingezahlt werden.

EXTRA-Dienst setzt mit zwei Beiträgen seine Leser-Diskussion um Taktik und Strategie der Außerparlamentarischen Opposition fort. Zur Kluft zwischen Theorie und Praxis schreibt A. S. Halle, zur redaktionellen Linie des EXTRA-Dienstes äußert sich der politische Sekretär des Republikanischen Clubs in Westberlin, Peter Sörgel. EXTRA-Dienst wird in seiner nächsten Ausgabe Grundzüge seiner journalistischen und politischen Linie darlegen.

PETER SÖRGEL: ZUR INFORMATIONSPOLITIK DES EXTRA-DIENSTES

Dem Leser des EXTRA-Dienstes wurde die Möglichkeit eingeräumt, Strategie und Taktik der Außerparlamentarischen Opposition zu kritisieren. Der EXTRA-Dienst als einziges größeres linkes Blatt in Berlin produziert Gegenöffentlichkeit - er ist deshalb Teil dieser antiautoritären Bewegung. Es ist somit notwendig, den EXTRA-Dienst mit einzubeziehen in die Analyse und Kritik, das heißt es ist zu fragen, inwieweit es dem Blatt gelingt, einem uninformierten Interessentenkreis die Zielsetzungen der antiautoritären Bewegung klarzumachen, und - bedeutend wichtiger - der Bewegung selbst Impulse, sowie für bestimmte Situationen Entscheidungshilfe zu geben.

Eine erste und daher notwendig vergrößerte Analyse läßt Zweifel aufkommen, ob der EXTRA-Dienst seine Informationspolitik zufriedenstellend an diesen Kriterien ausrichtet. Die gesellschaftliche Bedeutung, die die aktiven Verbände für das politische Leben der Bundesrepublik haben sollten, kam für sie selbst zumeist unerwartet. Das führte beinahe zwangsläufig dazu, daß einmal bei den neu hinzugestoßenen Mitgliedern der außerparlamentarischen Opposition eine theoretische Unsicherheit, und zum anderen ein Mangel an konkreten gesellschaftlichen Utopien sichtbar wurde. Beides hat zum Ergebnis, daß manche Aktionen dem Anspruch, eine informierte Öffentlichkeit zu schaffen, zuwiderlaufen. Hier kommt dem EXTRA-Dienst eine wichtige Funktion zu. Wie nimmt er sie wahr? Einmal verurteilt er solchen "blinden Aktivismus", indem er sich über verbrannte Universitätswappen alteriert, und in diesem Zusammenhang meint, "die Konterrevolution der unpolitischen Naivität sei unter uns" (EXTRA-Dienst 18. 5. 68), oder subtiler, indem er aus Lenins "Kinderkrankheiten des Kommunismus" jene Stellen herauspicks, die es dem Leser erlauben, seinem Mißbehagen über bestimmte Aktionen die nötige Autorität zu verleihen (EXTRA-Dienst 8. 6. 68).

Natürlich erschöpft sich die Politik des Blattes nicht darin, nur ex post-Analysen zu erstellen. Wie steht es aber um die Impulse, die der EXTRA-Dienst der antiautoritären Bewegung gibt, welche, wenn sie die gegenwärtigen Probleme der Linken trafen, in der Tat von hervorragender Bedeutung wären. Da läßt sich nun feststellen, daß die Informationspolitik des EXTRA-Dienstes zu sehr ausgerichtet ist an Strategie und Reaktionen der Herrschenden, das heißt, der EXTRA-Dienst bemüht sich, Manipulation in den Parteien, Manipulation zwischen den Parteien, Manipulation der Bevölkerung durch die Parteien und schließlich die Verhetzung der Bewegung durch die Parteien nachzuweisen. Es ist sicherlich wichtig, die Reaktionen und Absichten der Herrschenden zu erkennen, um sie in die eigene Strategie einzubauen, aber der EXTRA-Dienst muß sich die Frage gefallen lassen, ob es heute, wo es darum geht, neue Organisationsformen und konkrete Pläne für eine sozialistische Gesellschaft zu entwickeln, von ausschlaggebender Bedeutung ist, immer aufs neue vom Intrigenspiel der Herrschenden zu berichten.

Artikel, von denen der EXTRA-Dienst wahrscheinlich glaubt, sie seien Impulse für die Bewegung, stehen häufig im luftleeren Raum: Gerade jetzt, wo der Mangel an Koordinationsstrukturen innerhalb der außerparlamentarischen Opposition deutlich wird, scheint es dieses Problem nicht zu tangieren, wenn der EXTRA-Dienst vom 19. Juni eine 5-seitige Dokumentation bringt, in der die KPdSU ein zeitweiliges Paktieren mit den Sozialdemokraten vorschlägt und damit Vorstellungen zu beleben versucht, die als zwecklos von allen Verbänden der außerparlamentarischen Opposition durchschaut werden, während der ungemein wichtige Rätegedanke als strategisches Konzept oder als Organisationsprinzip in keiner Nummer ausführlich erörtert oder gar diskutiert wurde.

Gerade jetzt, wo das Scheitern der französischen Revolution in diesem verheerenden Ausmaß selbst liberal-bürgerliche Blätter traurig stimmt und sie übereinstimmend zum Ergebnis kommen, daß die KPF nicht in der Lage war, die sympathisierende Bevölkerung darauf vorzubereiten, die Produktionsmittel in die eigenen Hände zu nehmen, stellt der EXTRA-Dienst seinen Dokumentationsteil einem Gerd Moest zur Verfügung, der diesen wie folgt nutzt: "Wenn die KPF in der jetzigen Lage zögert, wird sie ihre Gründe haben. Sie wird es vorziehen, die Gunst der Stunde zu weitgehender Verbesserung der Ausgangspositionen zu nutzen..." Oder: "Erst das Bündnis schmieden... Sich nicht von enthusiasten, in Hunderte von Grüppchen zerspaltene Studentenströmungen vorzeitig in einen Kampf treiben lassen, in dem die Siegesvoraussicht noch ungünstig ist. Das werden die französischen Studenten, wenn sie einmal Physiker, Anwälte, Beamte, Ingenieure, Geburtshelfer oder wissenschaftliche Lehrer sind, der besonnen handelnden Führung der französischen Arbeiterklasse einmal danken."

Wenn die Redaktion des EXTRA-Dienstes diesen Artikel mit dem stereotypen Satz einleitet, "er sei vor der Wahniederlage geschrieben", und nicht die Banalität solcher und ähnlicher Sentenzen ironisierend herausstellt, so muß man mit einigem Recht annehmen, die Meinung des Schreibers spiegle in gewisser Hinsicht die Meinung der Redaktion wider. Dann allerdings muß man feststellen, daß EXTRA-Dienst und die Verbände der ausserparlamentarischen Opposition die gesellschaftliche Situation unterschiedlich einschätzen.

Der EXTRA-Dienst sollte begreifen, daß er langfristig nur dann Breitenwirkung haben wird, wenn er sich nicht als Beobachter, sondern als Teil der Bewegung versteht. Das bedeutet aber, daß es nicht nur den gesellschaftlichen Rückhalt zu informieren gilt, sondern daß die Basis, auf die es eigentlich ankommt, hier ein Organ haben müßte, in dem sich die konkreten Probleme widerspiegeln. Anderenfalls muß er sich den Vorwurf gefallen lassen, daß die Entfremdung zwischen Publikationsorgan und Bewegung mit zur Desorganisation der Bewegung selbst beiträgt. Ist der EXTRA-Dienst aber nicht mehr Teil der Bewegung, so wird er - und damit schließt sich der Zirkel - allmählich auch jene Öffentlichkeit nur ungenau über den Stand der Bewegung informieren können, die aufzuklären wir uns zum Ziel gesetzt haben.

A. S. HALLE: KLUFT ZWISCHEN THEORIE UND PRAXIS

Zeiten ohne aktuellen Anlaß zur Aktion sind für jede Bewegung, also auch für die APO, schwierig und voller neuer Probleme, aber auch erst eigentlich die Bewährungsprobe, weil nun nicht mehr Flucht vom unklaren Gedanken ins weniger fragwürdige Handeln möglich ist. Halten wir uns einmal die ganz simple Tatsache vor Augen: Revolutionen werden von Menschen, mit Menschen und für Menschen gemacht. Von Menschen gemacht, d. h. (dies zur harten Kritik von E. A. Rauter) auch Vorstandsmitglieder haben Fehler; vor allem ist ihre Fähigkeit, sich Lebensart und Probleme anderer Bevölkerungskreise vorzustellen, begrenzt, sie sind auf unsere Kritik angewiesen. Revolution mit Menschen: wir alle sind mitverantwortlich. Also statt pauschaler Kritik an Vorständen detaillierte Stellungnahme zu Äußerungen der Verantwortlichen; das erfordert zwar mehr Mut und eine eigene Konzeption, aber wenn wir die demokratischen Möglichkeiten nicht nutzen, werden Vorstände zwangsläufig autoritär. Revolution für Menschen: wir möchten, daß einmal alle glücklicher leben, also auch die Hausfrauen, Beamten, Angestellten. Kennen wir die überhaupt, für die wir kämpfen? Ist das Ziel der Revolution glaubwürdig, wenn wir die meisten als Spießbürger einfach abtun, anstatt zu fragen; warum sind sie so? Jeder Vorstand sollte als kritische Instanz ein aus bestimmten Bevölkerungsgruppen zusammengesetztes Gremium zur Seite haben. So wird die Arbeit nach außen weniger abstrakt-akademisch und innerhalb der APO die Kluft zwischen "Theorie" und "Aktion" vielleicht geringer.

Der Idealist wird reinen Pragmatismus öde und den Satz von der "Politik als Kunst des Möglichen" fragwürdig finden. Bei manchen Diskussionen aber mag er denken: "Das Unmögliche wollen ist keine Kunst".

EXTRA - Dienst Nummer 54/II hat eine verbreitete Auflage von 4 400 Exemplaren

Einem Wunsch der Leser nachkommend, bringen wir in dieser und in der übernächsten Ausgabe ein Sach- und Personenregister für das erste Halbjahr 1968 des EXTRA-Dienstes. Die Ziffern hinter dem Schlagwort geben die Nummern des EXTRA-Dienstes an, in dem das Sach-Schlagwort als Meldungsüberschrift zu finden ist.

A

Africa addio 2, 4, 5, 8, 10
Amnesty International 39
Antibaby-Pille 44
Antifaschistische Arbeitsgemeinschaft 8
Anzeigenaufnahme 51
APO 5, 8, 14, 16, 34, 40, 43, 51
Arabienhilfe 10
Arbeitsgerichte 4, 22
Arbeiter 35, 44, 45, 48
Arendt KG 8
Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Kreise 42
AUSS 47

B

Bayern-Kurier 14
BDI 2, 14
Berlinhilfe 7
Berlin-Informationsbroschüre 16
Berlin-Kolleg 47, 50
Berliner Pressekonferenz 6
Berlin-Status 6
Berliner Stimme 24
Betriebsräte 13, 14
Biennale 48
Bild-Schallplatte 15
Black Power 29
Blutspenden (Vietnam) 13
BND 8, 52
Botschaft Moskau 30
Braunbuch 17, 26
Braune "Welt" 9
Brief an "Bild" 34
Buchhandel 4, 27, 34, 42, 43
Buchmesse 7, 24, 26
Bürgerkomitee 50
Bund der Verfolgten 42
Bundesjugendring 20
Bundesluftschutz 26
Bundesgrenzschutz 2
Bundespost 44, 48
Bundespresseamt 42
Bundestagswahl 5, 41
Bundeswehr 22, 28, 32, 43, 45, 50
Bundesverband Jüdischer Studenten 28
BVG 16
BZ 6, 16

C

Ca ira Westberlin 16
Ca ira Baden-Baden 24
CDU 30, 37, 41, 45, 47, 50
Christlicher Friedensdienst 3
Christlicher Solidaritätskreis 32
CIA 25
Coca Cola 51
CSSR 9, 29, 38, 41
CVJM 26

D

DDR-Kirche 50
DDR-Spende 35
DDR-Wirtschaft 22
DDR-Verfassung 11, 12, 29, 30
DDR-Visa 48, 49, 50
Demokratische Aktion 49
Demokratischer Klub 2
Demokratisch-Katholischer Arbeitskreis 9
Demokratische Künstler 37
Deutsche Bank 4
Deutsche Friedensgesellschaft 28
Deutschlandfunk 26
Divo-Umfrage 50
Dreigroschenoper 28
Drohungen 13, 14
DGB 13, 14, 17, 19, 26, 32, 35, 37, 39, 44, 48

E

Einheitsfront (Presse) 33
Entlassungen 12
Erster Mai 1968 24, 26, 27, 29, 32, 33, 34,
35, 36
Erster Mai 1969 46
Europa Center 13, 44
Evangelische Jugend 8
Express International 22, 23

F

Falken 8, 28, 29, 38, 43
Faschismus 16, 48, 49
FDJ 19, 38
FDP 37, 50, 51
Fernsehen 13, 34
Filmakademie 51
Filmfestspiele 50
Filmpreis 24, 25

Forum Außerparlamentarischer Parteien 6
Flugblattaktion 11, 14, 44
Fotospitzel 39
Fragebogenaktion (RC) 7
Frankfurter Uni 44
Frankreich 44, 46, 48, 49
Friedenszug 68 10
Friesenstraße 34, 35, 43
FU 10, 41, 43, 45, 48
"Furche" 3

G

Gedächtniskirche 1, 2, 5, 14
Gegenkundgebung 15, 16, 17, 24, 26
Gegenuniversität London 15
Geheimprogramm 35
Generalstreik 39
Gewalt 32
Gewaltfreie Aktion 22
Gewaltverzicht 39, 45
Gewerkschaftlicher Arbeitskreis 7
Goldpreis-Spaltung 30
Griechenland 10, 17, 21, 32, 44, 46
Griechenland-Demonstration 10, 28, 32, 33
Große Koalition 3, 49
Grundrechte 25, 33

H

Holländische SP 35
Hochschulgesetze 28
Hochschulreform 33
Humanistische Union 45, 46

I

IG Metall 1, 12, 13
Industrie-Warndienst 21
Infas-Studie 9
Insulaner 19
Internationale 29
Internationale der Kriegsdienstgegner 28
Internationaler Studentenkongreß 50
ISC (Studentenverband) 25
IUS (Studentenverband) 25

J

Jüdischer Arbeitskreis 21, 33
Jugoslawien 51
Jungbuchhändler 2
Jungdemokraten 18
Junge Union 19, 22, 47
Junges Theater 42, 49
Jungsozialisten 18, 20, 40, 41
Juni (2.) 3, 19, 30, 44
Juni (17.) 49

Juristenball 2
Juryfreie Kunstausstellung 12
Justiz 6, 7, 9, 10, 11, 12, 14, 17, 23, 27, 29, 37,
38, 46, 47, 51

K

Kabarett 44
Kampagne für Demokratie und Abrüstung 5,
14, 21, 23, 29
Kapitalflucht 38
Katholische Jugend 43
Kaufhausbrand 2
Kirche 1, 4, 14, 19, 31, 32, 45, 51
Kirche und Revolution 2
Kirche und Staat 3
Komitee der Hundert 5, 7, 9, 10
Kommune 28
Konkret 23
Konzentration (Frankreich) 9
Korporationen 9
KPdSU 49
KPI 5, 27
Kriegsverbrechen 1
KU 6, 35, 39
Kuba 19
Kunstpreis 23

L

Landtagswahl Baden-Württemberg 10, 26, 34, 39
Lessing-Preis 8
Liga für Menschenrechte 1, 17, 30
Linker Kindergarten 8, 12, 28
Linker Ordnerdienst 24, 36
Linksradikale 28, 46, 47
LSD 20

M

Mainzer Karneval 8
Massenmedien 13
Mehrwertsteuer 35
Mehrheitswahlrecht 2, 6, 8
Meinekestraße 34, 35, 43
"Mobil" 26
Moskauer Schriftstellerprozeß 7
Münchener Todesopfer 32

N

Napalm 29
Nationalzeitung 4
NATO 20, 23
Notstand 3, 6, 13, 17, 30, 32, 37, 39, 42,
43, 44, 46, 48
NPD 4, 7, 13, 14, 15, 30, 35, 37, 39, 40, 41, 42,
45, 46, 51

NPD-Saalschutz 7
Nürnberger Nachrichten 38

O

Ostern 1968 31, 32
Ostgebiete 51
Osthandel 1, 17
Ostermarsch 21, 26, 27, 28, 30
Ostpolitik 1

P

Pariser Mai 42, 43, 44
Passierscheine 1
Peking 42
Personenregister Jahrgang 67 1
Polen 17, 21
Politische Polizei 6, 15, 24
Politisches Theater 6, 22, 44, 51
Polizei 1, 3, 5, 8, 9, 10, 11, 12, 16, 19, 20, 21, 22,
29, 30, 31, 32, 35, 44, 45, 49
Polizeigas 44
Prager Studenten 25
Presseball 5
Pressefreiheit 37, 42
Pogromhetze 19, 32
Protestausstellung Hamburg 14
Protestantische Kirche 2
"Publik" 50
Pudding-Explosion 4

R

RC Club-Adressen 30
RC Düsseldorf 5, 16
RC Hannover 35
RC Herne 44
RC Karlsruhe 5
RC Köln 12
RC Lörrach 43
RC Mannheim-Ludwigshafen 15
RC Nürnberg 18, 33, 36, 38
RC Oldenburg 9
RC Rheydt 51
RC Saarbrücken 15
RC Westberlin 2, 43
Referendartagung bei Springer 36
Rentner 4
"Report" 20, 40
Revolutionäre Sozialistische Jugend 23, 35
RIAS 41
Rowohlt 22, 24
Rüstung 21

S

Salzburger Volksblatt 5
SDS 10, 24, 25, 27, 30, 37, 40, 46

SED 6, 7, 28, 37, 38
Selbstanzeigen 6, 9
Senatsverbote 12
SFB 7, 33, 46
Sing out 3
Sitzstreik 8
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend 38, 43
Sozialistische Hefte 18
Sozialistischer Club 18, 19
Sozialistisches Forum 36
Sozialistisches Zentrum 43
SPD 1, 7, 8, 13, 15, 14, 16, 17, 18, 19, 25, 27, 31
34, 35, 38, 41, 42, 46, 48, 51
SPD-Eintrittsstopp 40
SPD-Linke 9, 16, 27, 33
SPD-Ausschluß 7, 16, 22
SPD-Parteitag 11, 12, 13, 23, 24, 26, 27, 28, 42, 47
SPÖ 40
Sportfest-Absage 42
Spanien 44
Springer-Hearing 10, 11, 12, 24,
Springer-EXTRA-Blatt 10
Springer-Monopol 24, 28, 33, 38, 45
Springer-Preis 4
Springer-Tribunal 4

SCH

Schlägereinsatz 15, 47,
Schulen 19, 43, 51
Schülerzeitungen 28

ST

Sternmarsch Bonn 33, 36, 37, 39, 40
Steuerstreik 14
StGB der DDR 5, 6
Strafvollzug 3, 5, 28, 40
Staatsanwaltschaft 2, 25, 38, 39, 45
"Studentenlocher" 1

T

Tagesspiegel 17, 22
Taxifahrer 16, 38, 44
Telefonüberwachung 4, 33
Top-secret-Dokument 25
"Trend"-Institut 49
Tunesien 47

U

Überalterung Westberlins 29
Untersuchungsausschuß 4, 15, 50
US-Army 16, 24, 25, 27, 30
US-Campaign 20
US-Devisenhilfe 15
US-Entwicklungshelfer 14
US-Geheimdienst 5

